

HÖRBAR STARK. SICHTBAR WIRKSAM.

Landesdelegiertentag in Düsseldorf will Impulse für die Weiterentwicklung der Polizei setzen

197 Delegierte und noch einmal so viele Gastdelegierte aus allen Bezirken und Kreisgruppen und den Personengruppen der GdP treffen sich vom 3. bis 5. Mai zum Landesdelegiertentag in Düsseldorf. Wichtigste Aufgabe des alle vier Jahre stattfindenden Delegiertentags ist neben der Wahl des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstands (GVS) die Beratung der politischen Forderungen, für die sich die GdP in den nächsten Jahren einsetzen wird. Von der Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen bis zu den Aufstiegschancen. Und es geht um die Modernisierung der Polizei. Der Delegiertentag steht in diesem Jahr unter dem Motto: „Hörbar stark. Sichtbar wirksam.“ Denn die GdP ist ein zentraler politischer Akteur, wenn es um die Zukunft der Polizei geht.

Umfangreiches Antragspaket

Lange Zeit haben Fragen der Inneren Sicherheit in der Politik nur eine Nebenrolle gespielt. Waren die Arbeitsbedingungen, die Ausrüstung und die Eingriffsbefugnisse der Polizei nur etwas für Spezialisten. Haben sich führende Politiker des Landes nicht für die Polizei interessiert. Das hat sich geändert. Die seit 2017 regierende schwarz-gelbe Landesregierung hat nicht nur die Zahl der Beschäftigten bei der Polizei deutlich erhöht, sondern auch deren Ausrüstung modernisiert. 2018 hat der Düsseldorfer Landtag zudem ein neues Polizeigesetz beschlossen – auch mit Unterstützung der SPD.

Viele der in den letzten Jahren erreichten Verbesserungen gehen unmittelbar auf Initiativen der GdP zurück. Aber es gibt auch Bereiche, in denen noch viel passieren muss: Der personelle Wiederaufbau der Polizei muss in den nächsten Jahren konsequent fortgesetzt werden. Die leistungsfeindlichen Aufstieghemmnisse müssen endlich abgeschafft werden – von der Aufhebung des unsäglichen Deckelungsbeschlusses im gehobenen Dienst bis zur Durchsetzung des stufengleichen Aufstiegs im Tarifbereich. Auch beim Abbau der überlangen Arbeitszeit, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und beim Gesundheitsschutz gibt es deutlichen Handlungsbedarf.

Knapp 300 Anträge liegen den Delegierten dazu vor. Darin werden konkrete Handlungsvorschläge gemacht, für die sich der Vorstand in den kommenden Jahren gegenüber dem Innenministerium und der Politik starkmachen soll.

Wahl des neuen Vorstands

Vor der Antragsberatung wird der bisherige Vorstand eine Bilanz seiner Arbeit in den vergangenen vier Jahren vorlegen. Und die Delegierten werden den neuen Vorstand wählen.

Der bisherige Landesvorsitzende Michael Mertens wird für eine zweite Amtszeit kandidieren. Auch die vier stellvertretenden Landesvorsitzenden Jutta Jakobs (Vertreterin der





Hörbar stark. Sichtbar wirksam.

Landesdelegiertentag 2022



Tarifbeschäftigten), Michael Maatz (BV Aus- und Fortbildung), Heiko Müller (BV Düsseldorf) und Markus Robert (PHPR-Vorsitzender/BV Münster) wollen erneut antreten. Das gilt auch für die bisherigen Vorstandsmitglieder Lorenz Rojahn (BV Münster), Frank Schniedermeier (BV Arnberg), Meike to Baben (BV Düsseldorf), Andreas Pein (BV Köln) und Patrick Schlüter (BV Detmold). Für Siegfried Pfenninger, der aus Altersgründen nicht mehr antritt, soll der Hammer GdP-Vorsitzende Dirk Schade als Vertreter des BV Arnberg in den GVS gewählt werden. Die Vorstandswahl ist für den Nachmittag des ersten Kongresstages, den 3. Mai, geplant. Danach beginnt die Antragsberatung.

Klare Aussagen der Spitzenpolitiker erwartet

Der Landesdelegiertentag findet unmittelbar im Vorfeld der Landtagswahl am 15.

Mai statt. Auf dem Festakt am 2. Kongresstag werden deshalb die Vorsitzenden der vier im Düsseldorfer Landtag vertretenen demokratischen Parteien, Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), Thomas Kutschat (SPD), Joachim Stamp (FDP) und Mona Neubaur (Bündnis 90/Die Grünen) zu den Delegierten sprechen. Auch Innenminister Herbert Reul (CDU) spricht auf dem Delegiertentag. Bei dem mit Spannung erwarteten Auftritt der Parteivorsitzenden geht es vor allem um die Frage, wie die Politik die Polizei in den kommenden Jahren nachhaltig stärken will. In ihren Wahlprogrammen, aber auch auf dem Wahlforum der GdP am 3. März in Essen haben die Parteien klare Aussagen getroffen, wie sie sich die Zukunft der Polizei vorstellen. Die Ankündigungen reichen von einer weiteren Erhöhung der Einstellungszahlen bis zur besseren digitalen Ausrüstung der Polizei (Seite 4: Die Wahlprogramme der Parteien). Auf dem Delegiertentag wird es auch um die Frage gehen, wie be-

lastbar diese Pläne angesichts des dramatischen Kriegs in der Ukraine und des immer drängender werdenden Klimawandels sind. Beides wird die finanziellen Möglichkeiten des Landes einschränken. Dass die Innere Sicherheit deshalb wieder aus dem Fokus der Politik gerät, muss verhindert werden.

Wichtige Ergebnisse im Netz

Auch wenn fast 400 Delegierte und Gastdelegierte in Düsseldorf vor Ort sind, können nicht alle interessierten Mitglieder das Geschehen live verfolgen. Der Landesbezirk wird deshalb parallel zu den Beratungen der Delegierten über seine Social-Media-Kanäle und auf seiner Homepage fortlaufend über die wichtigsten Ergebnisse des Delegiertentags berichten. Dazu gehört auch der Eröffnungsfilm, der kurz nach der Premiere auf dem Delegiertentag online geht. ■

Es bleibt nicht so, wie es ist. Auch nicht bei der Polizei!



Unser alle vier Jahre stattfindender Landesdelegiertentag ist immer eine Zeit der Bilanz. Was haben wir in den vergangenen vier Jahren erreicht? Was hat sich bei den Arbeitsbedingungen, der Bezahlung und den Aufstiegsmöglichkeiten bei der Polizei getan? Und er ist Anlass, um den Blick nach vorne zu nehmen. Auf die Themen und Herausforderungen, die vor uns liegen. In den vergangenen vier Jahren haben wir viel erreicht. Bei den Einstellungszahlen, bei der Ausrüstung unserer Kolleginnen und Kollegen, bei der Digitalisierung und bei der Sanierung der lange vernachlässigten Dienststellen. Deshalb haben wir unseren Landesdelegiertentag ganz bewusst unter das Motto „Hörbar stark. Sichtbar wirksam.“ gestellt. Denn oft war die GdP der entscheidende Motor.

Auch unsere interne Bilanz kann sich sehen lassen. Heute hat der Landesbezirk NRW 46 000 Mitglieder. Das sind 10 000 Mitglieder mehr als vor zehn Jahren, 4 000 mehr als bei unserem letzten

Delegiertentag. Und wir haben bei der Personalratswahl im vergangenen Jahr einen historischen Sieg errungen. Ganz NRW ist jetzt grün! Schaut man sich die Aussagen führender Vertreter der Parteien an, soll die Stärkung der Polizei in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Die Einstellungszahlen sollen auf 3 000 Kommissarsanwärterinnen und -anwärter steigen, die Digitalisierung soll vorangetrieben werden. Selbst bei der längst überfälligen Aufhebung des Deckelungsbeschlusses, der Senkung der viel zu langen Arbeitszeit und der überfälligen Modernisierung des Zulagensystems gibt es Signale für eine Veränderung.

Das zeigt: Innere Sicherheit ist wieder zu einem zentralen politischen Thema geworden. Nach Jahrzehnten des Stillstands investiert die Politik endlich wieder in die Polizei. Ein Anlass zur Beruhigung ist das trotzdem nicht – denn wir leben in dramatischen Zeiten. Wir sind mit einem Krieg auf europäischem Boden konfrontiert, mit einem Überfall auf ein souveränes Land. Wer hätte das noch vor wenigen Monaten für möglich gehalten? Unser Mitgefühl gilt den Menschen in der Ukraine!

In das Entsetzen mischen sich auch Sorgen und Ängste. Wie geht es weiter auf dieser Welt? Was macht Russland? Es wird aufgerüstet. Fragen der äußeren Sicherheit scheinen mehr und mehr alles zu überlagern. Hinzu kommen die Bewältigung des Klimawandels, die Folgen der Flutkatastrophe und die noch immer nicht überwundene Coronapandemie. Die finanziellen Spielräume werden deshalb in den nächsten Jahren spürbar enger werden. Das hat Folgen. Auch für die Polizei. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Innere Sicherheit nicht erneut aus dem Fokus der Politik gerät. Dafür müssen wir auf unserem Delegiertentag ein starkes Signal setzen.

Michael Mertens
Landesvorsitzender

Innere Sicherheit ist mit wahlentscheidend: trotz des Ukraine-Kriegs

Wer bei der Landtagswahl am 15. Mai die Nase vorne haben wird, entscheidet sich erst auf den letzten Metern. Vor allem wegen des noch immer nicht beendeten brutalen Kriegs in der Ukraine – der im Moment alle andere Themen als unwichtig erscheinen lässt. Aktuelle Meinungsumfragen zeigen, dass trotzdem für viele Menschen auch die Innere Sicherheit bei ihrer Wahlentscheidung eine Rolle spielt.

Geht es nach dem aktuellen NRW-Trend, den die Forschungsgruppe Infratest dimap regelmäßig im Auftrag des WDR erstellt, stehen die Chancen von CDU und FDP, am 15. Mai erneut einen Auftrag zur gemeinsamen Regierungsbildung zu erhalten, eher schlecht. In drei wichtigen politischen Handlungsfeldern – der Sanierung der Infrastruktur, der Schul- und Bildungspolitik und der Schaffung von ausreichendem Wohnraum – bekommt die schwarz-gelbe Landesregierung sogar ausgesprochen schlechte Noten. Nur ein Viertel der Wähler ist mit ihren Leistungen zufrieden. Auch in der Umweltpolitik liegt die Zustimmungsrate mit 34 Prozent nicht viel höher. Ganz anders sind die Werte bei der Bekämpfung der Kriminalität. 54 Prozent der Wählerinnen und Wähler sind

bei der Inneren Sicherheit mit den Leistungen der Landesregierung zufrieden.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch eine von den Tageszeitungen in NRW gemeinsam in Auftrag gegebene Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa. Bei der Frage, welchem Politiker sie vertrauen, führt Innenminister Herbert Reul (CDU) mit 58 Prozent Zustimmung die Beliebtheitsskala der Spitzenpolitiker klar an. Ganz befriedigt haben aber auch CDU und FDP das Thema Innere Sicherheit nicht. Das zeigt sich vor allem beim Sicherheitsgefühl der Menschen. 48 Prozent der Befragten fühlen sich weniger sicher als früher – trotz der in den letzten Jahren erfolgten Stärkung der Polizei. Der Frage, ob die Landesregierung genug für die Kriminalitätsbekämpfung tut, stimmten nur 21 Prozent der Teilnehmer der Forsa-Umfrage zu. 67 Prozent verneinten sie.

Das liegt auch an der wachsenden Bedeutung neuer Kriminalitätsformen. Bei der Frage, vor welchen Straftaten die Befragten Angst haben, liegt die Sorge vor Datenmissbrauch und vor Betrug im Internet ganz vorne. Die lange Zeit dominierende Sorge, selber Opfer eines Gewaltdelikts oder eines Wohnungseinbruchs zu werden, rangiert erst dahinter. ■

Langzeitarbeitszeitkonten: beschlossen, aber völlig unbrauchbar

Fast zwei Jahre hat die Landesregierung mit den Gewerkschaften über die Einführung von Langzeitarbeitszeitkonten verhandelt. Am 6. April, dem vorletzten Plenumstag der zu Ende gehenden Legislaturperiode, hat der Landtag mit Stimmen von CDU und FDP das hierfür erforderliche Gesetz endlich beschlossen. Das Gesetz kommt nicht nur äußerst spät, sondern es ist auch noch völlig unbrauchbar.

Von der Kritik am ursprünglichen Gesetzesentwurf, die die GdP zusammen mit dem DGB immer wieder vorgetragen hat, hat die

schwarz-gelbe Landesregierung nichts berücksichtigt. Besonders enttäuschend ist, dass für eine Nutzung der Langzeitkonten eine „freiwillige“ Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 44 Stunden erforderlich ist. Die GdP hatte stattdessen immer wieder eine Verknüpfung der Langzeitarbeitszeitkonten mit einem Einstieg in die Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit gefordert. Nicht nachvollziehbar ist zudem, dass bei Einrichtung der Konten lediglich 122 Mehrarbeitsstunden aus vorhandenen Guthaben eingezahlt werden können. So lässt sich das jedes Jahr aufs Neue auftauchende Problem des drohenden Verfalls der Mehrarbeit nicht lösen. Die GdP wird deshalb unmittelbar nach der Landtagswahl im Mai in intensive Gespräche mit den Parteien einsteigen, um bei den Langzeitarbeitszeitkonten doch noch eine auf die Anforderungen der Polizei zugeschnittene Lösung zu finden. ■

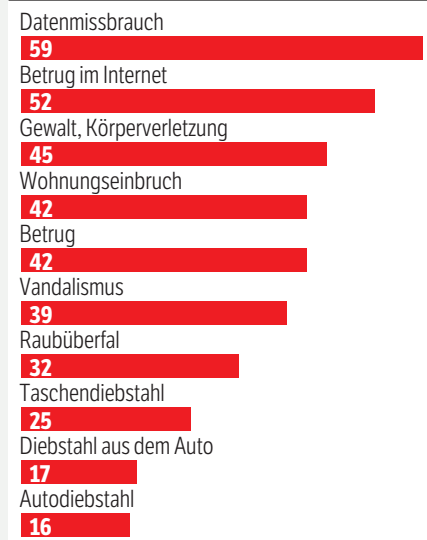


Angst vor Datenmissbrauch und Betrug im Internet besonders groß

Mehr noch als die Gefahr, selber körperlich attackiert oder Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, fürchten die meisten Menschen, dass ihre Daten missbraucht werden oder dass sie mit Hilfe des Internets betrogen werden.

Haben Sie Angst, von einer der folgenden Straftaten einmal betroffen zu sein?

(Zustimmung in Prozent)*



* Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Forsa-Umfrage im Auftrag von 39 Tageszeitungen in NRW, März 2022



Viele fürchten eine Verrohung der Gesellschaft

Neben der galoppierenden Inflation haben die meisten Menschen vor allem Sorgen vor einer Verrohung der Gesellschaft. Auch die Angst, selber Opfer von Kriminalität zu werden, ist hoch. Trotz des Rückgangs der Straftaten.

Welche Probleme können sich für die Menschen in Deutschland bedrohlich auswirken?

(Zustimmung in Prozent)*



* Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Forsa-Umfrage im Auftrag von 39 Tageszeitungen in NRW, März 2022



Der Blick in die Wahlprogramme von CDU, SPD, FDP und Grünen

Innere Sicherheit? Unter „ferner liefen“. Polizei? Gibt's auch noch. Beides hat im Wahlkampf lange wenig bis überhaupt keine Rolle gespielt. Ist doch alles im grünen Bereich, es gibt drängendere Probleme – so der Eindruck. Wer die Programme zur Landtagswahl durchgeht, muss teilweise ziemlich weit blättern, um etwas zu Polizei und Innerer Sicherheit zu finden. Eine Ausnahme bildet die CDU, die das umfangreiche Kapitel dazu gleich nach vorn gestellt hat, aber auch erst sehr spät mit dem Programm kam. Die SPD hat Mitte April noch mal nach- und ein Positionspapier vorgelegt. Plötzlich scheint das Thema Innere Sicherheit wieder etwas Fahrt aufgenommen zu haben.

Für eine mündige Wahlentscheidung hilft der Blick in die Programme. Wer will was? Wer setzt welche Akzente? Wer ist wo klarer, konkreter? Wer spart was aus? Die wichtigste Botschaft: CDU, SPD, FDP und Grüne bekennen sich zu einer Stärkung der Polizei.

CDU: „Für ein sicheres Nordrhein-Westfalen“

„Sicherheit ist nicht umsonst zu haben“, heißt es bei den Christdemokraten. Und die Partei von Ministerpräsident Hendrik Wüst macht deutlich, dass sie weiter kräftig in die Innere Sicherheit investieren will. So soll die Einstellungszahl bei der Polizei noch mal nach oben gesetzt werden, auf 3 000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter pro Jahr.

Die Zahl der Polizisten in NRW insgesamt soll steigen von 40 000 auf 45 000. Die Kripo soll attraktiver für Nachwuchs werden – junge Kollegen sollen „beschleunigt“ in die Kommissariate. Denkbar seien dazu „Ausbildungskommissariate“. Das Seiteneinsteigerprogramm bei der Polizei in NRW soll fortgeführt werden. Polizisten sollen sich durch ein IT-Studium weiterqualifizieren können.

Geld soll weiterfließen für Liegenschaften und Ausrüstung. Bis zum Jahr 2025 soll beispielsweise der Wach- und Wechseldienst mit Bodycams und Tasern ausgestattet sein. In allen fünf Autobahninspektionen will die CDU eine eigene Eingreiftruppe „strategische Fahndung“ einrichten. Die Bekämpfung krimineller Clans bleibt polizeilicher Schwerpunkt. Mit u. a. einem Masterplan „Sicherheit und Sauberkeit“ soll die kommunale Seite an der Inneren Sicherheit mitwirken.

Angriffe auf Einsatzkräfte sollen stärker betrafft werden. Hassdelikte sollen in der PKS eigens ausgewiesen werden. Die CDU bekennt sich zur bestehenden Polizeiorganisation in NRW: Die Struktur aus Landratsbehörden und Polizeipräsidien sei „bewährt“, gewährleistet Bürgernähe und „ein Höchstmaß an Sicherheit“. Eine individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten wird abgelehnt. Umfangreiche Schulungen sollen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes den Umgang mit radikalem Gedankengut nahebringen.

SPD: „Innere Sicherheit stärken, Leben in Freiheit schützen“

„Innere Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, heißt es bei der SPD. Die Partei von Oppositionsführer Thomas Kutschatj betont sehr stark Präventionsaspekte. Beispielsweise sollen die kriminalpräventiven Räte in den Kommunen gestärkt werden. Und es soll einen „Masterplan Licht“ geben, mit dem Städte und Gemeinden dunkle Ecken insbesondere in Parks aufhellen.

Für die Polizei verspricht die SPD Mittel für bestmögliche Ausrüstung und „eine Personalentwicklung aus einem Guss“. Die Einstellungszahl soll so aufgestockt werden, dass es zum „deutlichen Personalaufwuchs“ kommt. Auf eine konkrete Zahl legt die SPD sich nicht fest. Im Kontext der „bewährten Polizeiausbildung“ soll es gezielte Maßnahmen zur Senkung der Abbrecherquote geben.

Die Sozialdemokraten wollen die Kriminalstatistik durch einen periodischen Sicherheitsbericht ergänzen. Als Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Polizeipraxis und Politik soll ein Institut für Sicherheitsforschung eingerichtet werden. Organisierte Kriminalität soll schon im Ansatz bekämpft werden. Ein Ausbau des Bezirksdienstes soll u. a. das Sicherheitsgefühl der Bürger stärken.

Gewalt gegen Einsatzkräfte müsse konsequent verfolgt werden. Die SPD will hier sicherstellen, dass alle Delikte durch Behördenleitungen angezeigt und vor Gerichten verhandelt werden. Konsequenter will die SPD auch bei Fällen von mutmaßlich rechtswidriger Polizeigewalt sein. Der Landespolizeibeauftragte soll diese aufklären und eine unabhängige Anlaufstelle für Hinweise und Beschwerden sein. Zudem soll es eine Studie zu Rassismus „im Sinne eines Lagebildes“ geben.

FDP: „Polizei bestmöglich unterstützen und optimal aufstellen“

Die FDP war früh mit ihrem Programm da und ist als Erste mit der Forderung nach 3 000 Kommissaranwärtern ins Rennen gegangen. „Nur genug Personal schafft Entlastung“, heißt es bei der Partei von Vizeministerpräsident Joachim Stamp. Das Programm „Spezialisten zu Polizisten“ soll weiter ausgebaut und die Abbrecherquote in der Ausbildung gesenkt werden.

Mittel sollen weiterfließen für moderne Ausrüstung, z. B. im IT-Bereich oder für Taser, mit denen die Liberalen alle KPB in NRW „sofort und flächendeckend“ ausstatten wollen. Investiert werden soll auch in Menschen: Die FDP will Aufstiegsmöglichkeiten verbessern, das gesamte Zulagenwesen reformieren und setzt auf attraktiv ausgestaltete Lebensarbeitszeitkonten.

Organisierte und Clankriminalität sollen konsequent bekämpft werden. Junge Polizisten sollen schneller den Weg zur Kripo finden, fordert die FDP, wird da aber nicht konkret. An der Polizeistruktur will sie nicht grundsätzlich rütteln, wohl aber „Aufgaben mit Augenmaß bündeln“. Eine Erhöhung der Mindestpolizeidichte soll die Präsenz gerade auf dem Land nicht nur sichern, sondern ausbauen.

Eine zufallsbasierte, bei Einsätzen wechselnde Kennzeichnung von Beamten will die FDP ausdrücklich nur, wenn erkennbar wird, dass Ermittlungsverfahren eingestellt werden müssen, weil konkret handelnde Personen nicht identifiziert werden können. Der Polizeibeauftragte soll als Hinweis- und Beschwerdestelle ausgebaut und künftig direkt vom Landtag gewählt werden. Im Kampf gegen Rechtsextremismus im öffentlichen Dienst unterstützt die FDP wissenschaftliche Studien, um mögliche Ursachen zu erkennen.

Grüne: „Wir stärken die Sicherheit und schützen Bürger*innenrechte“

„Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols muss die Polizei gut aus- und fortgebildet, personell gut aufgestellt und gut ausgestattet sein“, heißt es bei den Grünen. Die Partei von Spitzenkandidatin Mona Neubaur will die hohen Einstellungszahlen beibehalten



und in HSPV und LAFP als Ausbildungsstätten investieren, sowohl bei Sachmitteln als auch bei Menschen.

Die Kripo soll personell gestärkt werden, um den immer größeren Herausforderungen begegnen zu können. Es soll einen periodischen Sicherheitsbericht geben. Mehr Bezirks- und Schwerpunktbeamte sollen die Polizeiarbeit vor Ort in den Stadtteilen stärken. Außerhalb von Spezialkräften lehnen die Grünen die Ausrüs-

tung mit Tasern ab. Wo sie bereits erfolgt ist, soll sie wegen gesundheitlicher Risiken rückabgewickelt werden.

Die „Polizeirechtsverschärfungen von 2018“ sollen korrigiert werden. Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz sollen im Rahmen einer „Überwachungsgesamtrechnung“ ständig überprüft werden. Anlassunabhängige Kontrollen wollen die Grünen abschaffen; kontrollierte Personen sollen einen schriftlichen Nachweis erhalten, um die

Rechtsgrundlage überprüfen zu können. Es soll eine Studie zu u. a. rassistischen Einstellungen bei der Polizei geben.

Die bestehende Polizeistruktur ist aus Sicht der Grünen zu kleinteilig, zu ineffektiv und gehört regional gebündelt. Dabei werde man dafür sorgen, dass Polizei „überall in NRW ansprechbar bleibt“. Ein unabhängiger Polizeibeauftragter soll als Anlauf- und Beschwerdestelle direkt beim Landtag angesiedelt werden. ■

Die Kripo wächst nur langsam

Vom 1. Januar 2017, dem letzten Jahr unter der Verantwortung der damaligen rot-grünen Landesregierung, bis zum 1. Januar 2022 ist die Zahl der Polizeivollzugsbeamten in NRW von 39 960 auf 40 202 gestiegen. Das hat Innenminister Herbert Reul (CDU) Ende März bei der letzten Sitzung des Innenausschusses vor der Landtagswahl berichtet. Möglich war der Anstieg um knapp 250 Stellen, weil die schwarz-gelbe Landesregierung die Zahl der Neueinstellungen mehrfach erhöht hat, von 1 920 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern vor dem Regierungswechsel 2016 auf 2 760 Anwärterinnen und Anwärter in diesem Jahr.

Dass die versprochene Verstärkung der Polizei trotzdem nicht höher ausgefallen ist, liegt vor allem daran, dass zurzeit noch immer die einstellungstarken Jahrgänge, die Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre zur Polizei gekommen sind, das Pensionsalter erreichen. Und wegen der in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Abbrecherquote. In seinem Bericht an den Innenausschuss weist Reul deshalb ausdrücklich darauf hin, dass die schwarz-gelbe Landesregierung in den vergangenen fünf Jahren auch 2 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte geschaffen hat. Deren Zahl sei von 6 025 Stellen beim Regierungsantritt auf 9 744 Stellen in diesem Jahr gestiegen. Dadurch würden Polizeivollzugsbeamte von bestimmten Aufgaben entlastet.

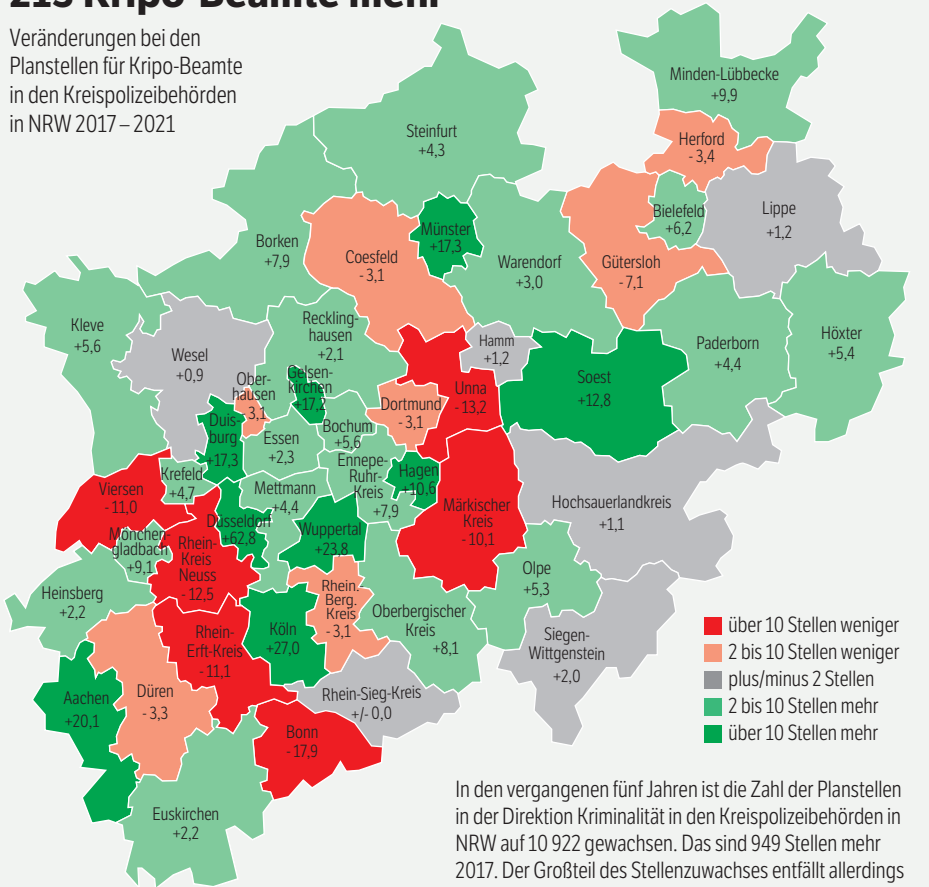
Aus Sicht der GdP gehört die personelle Stärkung der Polizei zu den großen Erfolgen der jetzigen Landesregierung. Sie drängt allerdings darauf, dass dieser Kurs auch nach den Landtagswahlen fortgesetzt wird. Warum das notwendig ist, zeigt ein genauer Blick auf die Zahlen: Nach einem ebenfalls Ende März von Reul vorgelegten Bericht ist die Zahl aller Kri-

pobeamten, die in einer der 47 Kreispolizeibehörden in NRW arbeiten, in den vergangenen fünf Jahren gerade einmal um 213 Stellen gestiegen. Trotz der dort herrschenden massiven Arbeitsüberlastung. Knapp ein Drittel der Behörden hat sogar Stellen für Kripobeamte ver-

loren (siehe Grafik). Im Wach- und Wechseldienst ist der Zuwachs in den vergangenen Jahren mit einem Plus von 99 Stellen sogar noch geringer ausgefallen. Dort musste ebenfalls jede dritte Behörde einen Stellenabbau hinnehmen (siehe DP 3/2022). ■

213 Kripo-Beamte mehr

Veränderungen bei den Planstellen für Kripo-Beamte in den Kreispolizeibehörden in NRW 2017 – 2021



Quelle: Innenministerium NRW



In den vergangenen fünf Jahren ist die Zahl der Planstellen in der Direktion Kriminalität in den Kreispolizeibehörden in NRW auf 10 922 gewachsen. Das sind 949 Stellen mehr 2017. Der Großteil des Stellenzuwachses entfällt allerdings auf den Tarifbereich. Bei den Kripo-Beamten liegt das Plus bei 213 zusätzlichen Stellen.

Stärkung der Tutoren

Bei der Ausbildung der Nachwuchspolizisten spielen die Tutoren eine zentrale Rolle. Sie sorgen dafür, dass die angehenden Kommissarinnen und Kommissare in den Praktikaphasen während des Studiums nicht nur einen tiefen Einblick in den Polizeialltag bekommen, sondern auch auf das Beherrschen komplexer Einsatzlagen vorbereitet werden. Trotzdem ist die Anerkennung, die die Tutoren in den

Polizeibehörden für ihre Arbeit bekommen, gering.

Die GdP will das ändern und hat deshalb ein drei Seiten starkes Handlungskonzept vorgelegt, wie die Tutorentätigkeit bei der Polizei aufgewertet werden kann. Darin fordert die GdP, dass die Tutoren für ihre oft nicht einfache, zeitintensive Tätigkeit in anderen Bereichen entlastet werden. Handlungsbedarf sieht sie GdP auch

bei der Fortbildung der Tutoren. Die Übernahme der Tutorentätigkeit soll zwingend als Baustein in die alle drei Jahre stattfindende Beurteilungsrunde einfließen. Die Tutorentätigkeit soll zudem mit einer Prämie honoriert werden.



Mehr Infos:
gdp-nrw.de

Clankriminalität: GdP fordert Beweislastumkehr

In NRW darf es keine rechtsfreien Räume geben – das war eines der zentralen Wahlversprechen, das die schwarz-gelbe Landesregierung bei ihrem Regierungsantritt 2017 abgegeben hat. Einer der Hebel dafür ist das genauere Hinschauen bei Straftaten, die von Mitgliedern der aus dem türkisch-arabischen Raum stammenden Clanfamilien begangen werden.

Anfang April hat Innenminister Herbert Reul das Lagebild Clankriminalität 2021 vorgestellt. Es ist bereits das vierte Lagebild in Folge. Schwerpunkt der von der Polizei erfassten Straftaten von Clanmitgliedern waren dort er-

neut die Ruhrgebietsstädte Essen, Recklinghausen, Gelsenkirchen und Duisburg, auf die 1 786 der ermittelten 5 462 Straftaten von Clanmitgliedern entfallen. Auch ein Großteil der Täter kommt von dort. Möglich geworden sind die Ermittlungserfolge in dem bislang von der Polizei kaum zu durchdringenden Clanmilieu durch einen hohen Verfolgungsdruck und durch die systematische Verknüpfung der unterschiedlichen Ermittlungskompetenzen von Polizei, Steuerfahndung, Zoll sowie städtischen Ordnungs- und Gesundheitsämtern.

Die GdP dringt darauf, dass dieser Ansatz auch nach der Landtagswahl im Mai fortge-

führt wird. Zudem fordert die GdP, dass bei sichergestellten Wertgegenständen von Clanmitgliedern eine Beweislastumkehr eingeführt wird. „Clan-Mitglieder, die in dicken Villen wohnen und teure Autos fahren, obwohl sie angeblich nur Hartz IV beziehen, müssen belegen, dass das Vermögen legal erworben wurde“, betonte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Maatz gegenüber den Medien. „Italien macht es vor: Dort gilt das bei Mafia-Ermittlungen schon seit vielen Jahren.“ Bei der Abschöpfung von Clanvermögen gebe es noch viel Luft nach oben: „Das ist der Punkt, an dem wir die Kriminellen am härtesten treffen.“ ■

DP – Deutsche Polizei
Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Redaktion
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

ISSN 0170-6462

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 5. Mai.

Sommerurlaub noch nicht gebucht?

**Dann rufen Sie schnell
in Ihrem GdP-Reisebüro an,
wir freuen uns auf Sie.**

**GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp-reiseservice.de**



REISE-SERVICE
GdP-Service-GmbH NRW



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Mai
erhalten einen Thalia-Gutschein
im Wert von 35 Euro.

45 34528, Köln

45 15706, Märkischer Kreis

45 24692, Märkischer Kreis

In der Zoom Erlebniswelt ist bald wieder GdP-Familientag

Bitte vormerken: Am 26. Juni steht wieder der beliebte GdP-Familientag in der Zoom Erlebniswelt in Gelsenkirchen an. Gegen Vorlage eines GdP-Mitgliedsausweises kommen bis zu sechs Leute für jeweils 12 Euro pro Person in den Tierpark (statt 21,50 Euro). Die ersten 300 Besucher erhalten am GdP-Stand auch noch einen Verzehrgutschein über 5 Euro. Es gibt viel zu sehen im Tierpark – zum Beispiel das kleine Löwen-Dreierpack (Foto: Zoom Erlebniswelt). Das süße Trio war im Oktober auf die Welt gekommen. Mit Baby Lisoko haben auch die Schimpansen Nachwuchs. Und mit den Nördlichen Grauen Schlankloris gibt es im Gelsenkirchener Zoo eine ganz neue Tierart (bevor gegoogelt wird ...: Das sind zierliche Miniäffchen, ursprünglich beheimatet auf Sri Lanka). ■



GdP aktiv

03.–05.05., Landesdelegiertentag der GdP NRW in Düsseldorf

10.05., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Düren, 14:00 Uhr, Landwirtschaftskammer, Rütger-von-Scheven-Straße 44, Düren

Senioren aktuell

Kreisgruppe Recklinghausen

21. bis 26. August 2022, Jahresausflug der GdP-Senioren; Busreise in die „Fränkische Schweiz“; Führung/Besichtigung u. a. von Nürnberg/Bamberg/Bayreuth; Buchungsschluss 20. Mai 2022; Infos zu dem Ausflug über manfred.beinlich@gdp-recklinghausen.de; (02361) 491820.